

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Musikfreies Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M. durch die Post 1,45 M. — Am Tage höherer Gewalt Betriebslos. Bei Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezüge unentgeltlich geschiebener oder durch Fernpredator ausgehender Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Die des Kaufens, zusätzlich Polzeigebühren. — Der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 10

Donnerstag, den 22. Januar 1931

33. Jahrg.

Die städtischen Fuhrn 1931

folten vergeben werden.

Wir bitten, schriftliche Angebote (verschlossen mit Aufschrift „Stadtfuhrn“) bis Freitag, den 23. Januar, 18 Uhr, in der Stadtdirektion abzugeben. Angebotsordrücke können in der Stadtdirektion entnommen werden.

Die Ausnahm unter den Bietern und die Ablehnung sämtlicher Angebote bleiben vorbehalten.

Die Angebote werden **Sonabend, d. 24. Januar, um 20 Uhr**, im Ratsteller geöffnet. Zu diesem Termin werden die Bewerber hiermit eingeladen.

Auf die heute eingegangene Eingabe der Fuhrunternehmer können wir grundsätzlich nicht eingehen. Wir bitten alle Unternehmer, die Interesse an der Verbeigerung von Fuhrn haben, ihre Angebote vorschriftsmäßig und pünktlich einzureichen.

Kemberg, den 20. Januar 1931.

Der Magistrat.

Brennholzversteigerung.

Dienstag, den 27. Januar, 9 1/2 Uhr, sollen im Stadthof **Doppin**

32 rm kiefernes Scheitholz,
197 rm „ Rollholz,
2 rm eichenes „

(Durchforstung) versteigert werden.

Sammelort: Forsthaus. Bedingungen im Termin Kemberg den 21. Januar 1931.

Der Magistrat.

Reinigung der Bürgersteige.

Die Bürgersteige sind nach jedem Schneefall sofort zu reinigen und dauernd von Schnee und Eis freizuhalten. Bei Glätte sind die Bürgersteige und Fußwege, nötigenfalls auch die Fahrtrassen, mit abkumpfenden Mitteln (Sand, Asche, Sägespäne) zu betreten.

Unterlassungen werden bestraft.

Kemberg, den 21. Januar 1931.

Die Polizeiverwaltung.

Sechs Reden zur Abrüstung.

Großer Tag in Genf.

Genf, 21. Januar.

Der Völkerverbund hat einen ganz großen Tag gehabt, wenn man die Bedeutung seiner Sitzungen an den rednerischen Leistungen messen will, die sie zeitigen. Praktisch allerdings läßt das Ertragnis dieser großen Ansprache zunächst noch zu wünschen übrig, und die Aussichten, die sich hier eröffnen, sind zum mindesten sehr langfristige. Gleichwohl aber kann man nicht übersehen, daß die sehr ausgedehnte und sehr gründliche Ansprache, an der sich sechs führende Delegierte beteiligten, noch einmal theoretisch das Abrüstungsproblem von allen Seiten beleuchtet haben, so daß man annehmen möchte, der Worte seien genug geredet. Das berechtigt nicht nur dazu, auf Latein zu warten, es verpflichtet auch zur Aktivität.

Dem kurzen Bericht der spanischen Delegierten über die bisherigen Arbeiten der Abrüstungskommission folgte sofort die angekündigte Rede des englischen Außenministers Henderson, die sich grundsätzlich sehr stark für die Verwirklichung des Abrüstungsabkommens einsetzte und in ihrer Warnung vor der Wiederkehr der früheren kriegerischen eingestellten Bündnisse sehr eindringlich war. Die Forderung, der Welt zu zeigen, daß man bereit ist, auf Rüstungen zu verzichten, war der wirksame Höhepunkt dieser Rede und zugleich das Schlüsselwort für den deutschen Außenminister Dr. Curtius, der leidenschaftlos aber noch einmal sehr eingehend die deutsche Kritik an dem bisherigen Ablauf und an dem höchst unbefriedigenden, ja gefährlichen Ergebnissen der Abrüstungsberatungen beleuchtete. Seine Forderung, daß Deutschland gleichberechtigt im Rüstungsstand und in der Gewährung von Sicherheiten neben den anderen Staaten an dieser Aufgabe mitarbeiten werde oder ihnen mit allem Mißtrauen und entsetzten Beforgnissen gegenübersehen müßte, leitete zu der Warnung hin, daß an dem Abrüstungsproblem und seiner befriedigenden Lösung der Völkerverbund keine Erfüllensbereitschaft zu erweisen habe und daß ein Verlangen sein ganzes Dasein erhoffen müßte. Der auf Curtius folgende italienische Außenminister Grandi machte gleichfalls sehr scharf Front gegen die Verquickung von Sicherheit als Voraussetzung und Abrüstung als Konsequenz und forderte die neutrale Festlegung des Termins für die Abrüstungskonferenz. Besonderen Licht diese drei Reden in positiven Gedan-

kenntnissen und in vormalstretenden Sinnen, so kam mit den Ausführungen von Henderson das retardierende Moment, das „Wissen und Aber“ und das Abbiegen von der im Grundgedanken der Abrüstung gegebenen geraden Zielsetzung. Man hörte aus dieser Rede viel von Hoffnungen von Vertrauen, von moralischen Beziehungen, die wichtiger seien als Rüstungsleistungen von notwendigen Verzichten und als beidseitige positive Gabe von der Pflicht, sich nicht zu trennen und einander zu trauen. Auch die Anerkennung der Gleichberechtigung für die kommende Konferenz wareritriand wahrscheinlich als ein besonderes Eigengekommen. Ihr Ergebnis allerdings ist für ihn schon dann ein Gewinn, wenn es das Gefühl der Sicherheit verstärkt und der Förderung auf Rüstungsvermeidung geht er mit der Hilfe zu Liebe, es komme weniger darauf an, wieviel Soldaten und Wundinstrumente ein Volk haben dürfe als auf den guten Willen, sich ihrer nicht zu bedienen. Von diesem guten Willen wußte auch der polnische Außenminister J. Leleki besondere Worte zu machen. Der rednerische Anlauf des Kampfes um die Abrüstungskonferenz war formal eindrucksvoll, aber das profunde Ergebnis wird man ohne Optimismus erwarten müssen.

Curtius redet Fraktur.

Henderson und Grandi sekundieren.

Genf, 21. Januar.

Die Ansprache über die Behandlung der Abrüstungsfrage begann im Völkerverbund mit einer großen Rede des gegenwärtigen Vizepräsidenten, des englischen Außenministers Henderson. Die Abrüstungskonferenz würde die erste Weltkonferenz zur Beschränkung der Rüstungen sein. Der Völkerverbund müsse jetzt die Abrüstungsfrage lösen, wenn das Weltgebäude auf dauerhaften Grundlagen und auf Sicherheit aufgebaut werden sollte. Die Verantwortung liege jetzt bei den Regierungen. Die Abrüstung durch ein gemeinsames Abkommen sei die bedeutungsvollste Frage, die gegenwärtig in der internationalen Politik aufgeworfen sei, und der stärkste Beweis des nationalen Vertrauens zu den großen Idealen des Völkerverbundes. Die Völkerverbundmitglieder hätten an der Abrüstung auch ein materielles Interesse, da jedes Volk infolge der Arbeitslosigkeit in großen Schwierigkeiten lebe. Die englische Regierung könne keine Bündnisverträge außer dem Völkerverbundvertrag, jenen großen Weltbündnis gegen Krieg und Rüstungen, schließen. Der Völkerverbund müsse jetzt der Welt zeigen, daß sein Wert nicht nur auf dem Papier stünde und daß seine Mitglieder nunmehr das Wert der Abrüstung durchführen und auf den Kriegszustand verzichten.

Erklärung des deutschen Außenministers.

Reichsaußenminister Curtius gab bei der großen Ansprache des Völkerverbundes über die Einberufung der Abrüstungskonferenz eine programmatische Erklärung über den Standpunkt der Reichsregierung zur Abrüstungsfrage ab. Curtius sagte folgendes:

Wie wir in Deutschland den Konventionenentwurf des Abrüstungsausschusses beurteilen, wissen Sie alle. Seit dem Zusammentritt der Vorbereitenden Abrüstungskommission müßten wir mit jedem Jahre mehr erkennen, daß der Weg, den die Kommission einschlug, sich ständig weiter von dem eigentlichen Ziele entfernte. Trotz all unserer Einsätze wurde der Konventionenentwurf hinsichtlich der Endabrüstung Stück für Stück der wesentlichen Elemente verabs, die zu einer wirklichen Abrüstung gehören.

Das Rüstungsschema, das so entstand, läßt höchstens auf die Stabilisierung des heutigen Rüstungsstandes hinaus. Zum Teil würde es sogar noch eine Erhöhung dieses Rüstungsstandes erlauben. Daher hat sich schon im Frühjahr 1929 der deutsche Vertreter auf Weisung der Reichsregierung klar von dem Programm der Arbeit der Kommission lösen müssen. Die Kommission ist tatsächlich so weit gegangen, diesen an sich völlig ungenügenden Entwurf auch noch vor vornherein zu verbinden mit einer erneuten Festlegung des uns vertragsmäßig auferlegten Entwurfsstandes.

So war es klar, daß wir das Ergebnis der Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission ablehnen mußten. Die kommenden Abrüstungskonferenz wird nur dann annehmbare Ergebnisse zeitigen können, wenn sie zunächst, ehe sie an die Einigung von Jiffen geht, die jetzt vorgeschlagenen Methoden durchgreifend revidiert.

Sie wird sich ferner den ersten Grundsatz des Völkerverbundes, nämlich die Gleichberechtigung seiner Mitglieder, zu eigen machen müssen und nicht Sicherheit gegen Unsicherheit stellen dürfen.

Das hat schon mein Amtsvorgänger ausgesprochen. Reichsminister Hermann Müller hat 1928 in Genf ähnliches gesagt. Immer wieder hat die Reichsregierung diesen Grundsatz zu dem Ihren gemacht, so noch im Sommer vorigen Jahres in ihrer Denkschrift zur Rüstungsfrage. Graf Bernstorff hat noch vor sechs Wochen in diesem Saale für Deutschland paritätische Sicherheiten verlangt. Ich billige und unterstreiche seine Ausführungen ganz.

Würde der Völkerverbund diesen Grundsatz preisgeben, würde er an dieser Aufgabe verlagen, die darin besteht, allen seinen Mitgliedern Sicherheit zu verschaffen, so würde er seine Friedensaufgabe verfehlen, ein eigenes Dasein erlöschen und seine Existenzbedingung verlieren. Darin liegt aber keine Verwirklichung in der Abrüstungsfrage, so werden die ersten kein, das anzuerkennen. Niemand kann mehr an wirklicher Abrüstung gelegen sein als dem deutschen Volke.

Der italienische Außenminister Grandi

betonte, daß die Stellungnahme seiner Regierung in der Abrüstungsfrage bekannt sei. Sie entspreche dem Völkerverbundvertrag, dem Italien treu bleibe.

Das gegenwärtige Mißverhältnis zwischen den Rüstungen und den tatsächlichen Notwendigkeiten der Landesverteidigung sei das Haupthindernis einer wirksamen Abrüstung. Die Völker würden eine Verchiebung der Einberufung der Abrüstungskonferenz nicht jassen können.

Europa befinde sich infolge der durch den Weltkrieg herbeigeführten Umwälzungen mitten in der schwersten wirtschaftlichen Krise. Milliarden von Schulden und Steuern für Reparationen und Kriegsschäden lasteten auf den Völkern.

Außenminister Briand

betonte, es sei völlig unmöglich, daß die Abrüstungskonferenz nicht zu einem Erfolge führe. Jedes Volk sei durch diese feierliche Verpflichtung gebunden. Die Regierungen, die sich dieser Verpflichtung entziehen würden, entehrten sich selbst. Die Abrüstung müßte jetzt, sowie es die Bedingungen der Sicherheit erlaubten, durchgeführt werden.

Der Gedanke der Sicherheit sei jedoch in letzter Zeit verwirrt. Er sei ganz anders ausgelegt worden, als es ursprünglich gemeint gewesen sei. Es empfehle sich daher, nicht weiter auf die Sicherheit zu verweisen. In der Abrüstungsfrage komme es weniger auf die Menge der Rüstungen an, über die ein Land verfüge, als auf den guten Willen, von diesen Rüstungen keinen Gebrauch zu machen.

Er sei jetzt überzeugt, daß die Abrüstungskonferenz zu einem großen Erfolge führen werde. Wenn auch nicht alles erreicht werden könne, so werde doch eine Einigung erreicht werden können.

Briand erklärte jedoch unter deutlichem Hinweis auf Curtius, einer seiner Kollegen habe Vorbehalte geltend gemacht. Er habe Verständnis dafür, aber von größter Bedeutung sei es, daß zwischen den Völkerverbundmitgliedern keine Trennung einsetze. Er hoffe, daß die Zeit kommen werde, zu der alle Völker auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung nebeneinander arbeiten würden. Heute befände man sich bereits auf diesem Wege.

... und Herr Jaleffi

sagte, daß Polen im Hinblick auf seine geographische und wirtschaftliche Lage, Sicherheit und Abrüstung fordern müsse. Polen werde das Mittel des internationalen Hoeger Schiedsgerichtshofes über die schiedsrichterliche Regelung von Rechtsstreitigkeiten beitreten. Der Vertreter Japans betonte, daß es sich bei der Abrüstungskonferenz nur um einen ersten Schritt handle. Wenn dieser nicht zu einem Erfolge führe, sei das ganze Gebäude des Völkerverbundes auf das ernsteste gefährdet.

Die Ansprache wird in einer der nächsten Sitzungen des Rates fortgesetzt werden.

Eine zweite Curtius-Rede.

In der öffentlichen Nachmittags Sitzung des Europäischen Ausschusses ergiff in Fortsetzung der Ansprache über den Bericht Colijns

Reichsaußenminister Curtius

das Wort, um den Standpunkt der deutschen Regierung zu den aufgeworfenen Fragen darzulegen und besonders zu der Rede des südländlichen Außenministers Marinoffits Stellung zu nehmen. Curtius dankte Herrn Colijn, daß er in seinem Bericht den europäischen Regierungen die ungeschminkte Wahrheit über den unbefriedigenden Stand der heutigen Abrüstungspolitik vorgehalten habe. Aber schon die Tatsache, so fuhr er fort, daß nach der Berichterstattung Colijns der südländische Außenminister in vielen Punkten die Urteilen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik anders als Colijn dargestellt hat, beweist, daß es heute keine einheitliche Lösung für die bestehenden Schwierigkeiten gibt. Für Deutschland ist festzustellen, daß die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz bezüglich des notwendigen Abbaus der Rüstungen auf industrielle Ergebnisse sowohl auf dem Wege gegenseitiger Verhandlungen, zum Beispiel im deutsch-französischen Handelsvertrag, wie auch auf autonomem Wege durchaus zur Geltung gebracht sind. Anders liegt es auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Zölle. Die deutsche wie manche andere Regierung ist hier durch den radikalen Umkehrung der Marktverhältnisse zu Zollmaßnahmen gezwungen worden, um überhaupt die niedrige Ertrags der eigenen Landwirtschaft zu erhalten.

Die Gründe dieser für uns unermessbaren Politik der Zollerhöhungen liegen nicht in der Landwirtschaft der einzelnen europäischen Länder oder von Belanternoren, sondern sie sind in der Produktionssteigerung und Verbilligung in wichtigen außer-europäischen Staaten zu finden. Es kommt hinzu, daß Deutschland mit einseitigen Zahlungen belastet ist, die den normalen Ablauf der wirtschaftlichen und finanziellen Vorgänge zu sehr geändert sind. Wenn Deutschland seine Zahlungen erfüllen will, muß es die Ausfuhr steigern und die Einfuhr verringern.

Es gibt für eine planmäßige Verringerung der Einfuhr kein anderes Mittel als die Entwicklung der einheimischen, in erster Linie der landwirtschaftlichen Erzeugung und die mögliche Fernhaltung einheimischer Güter.

Curtius wies darauf hin, daß die Zoll-Union als länderlose Präferenz unbestritten bereits zum Gegenstand des Handelsvertragsrechtes geworden sei. Es ist Aufgabe des Europäischen Ausschusses, den Präferenzplan auf der Grundlage von inwärtigen abzuwickelnden zweiseitigen Vereinbarungen zu bezeichnen und die Zustimmung der meistbegünstigten Länder einzuholen, um sodann an die interessierten außereuropäischen Staaten mit dem gleichen Anliegen heranzutreten. Ein solches Verfahren legt es nahe, die in dem Ausschuss noch nicht vertretene an der Präferenz-Idee interessierten europäischen Staaten zum Studienauschuss hinzuzuziehen.

Was die übrigen zur Erörterung gehörigen Fragen angeht, so ist Deutschland als Staat, dessen Landwirtschaft unter der Kürzlichkeit und der Jünelast der gegebenen Kredite leidet, an der Organisation des Landwirtschafts-Kreditwesens in stärkstem Maße interessiert, wie es überhaupt Landes der Europäischen Ausschusses ist, sich mit dem Problem des Kredites und des Kapitalmarktes im allgemeinen zu befassen. Endlich ist Deutschland zu den von England und Holland vorgeschlagenen Verhandlungen bereit. Ein Erfolg dieser Verhandlungen ist zugleich die Voraussetzung für das Inkrafttreten der Genfer Handelskonvention.

Dr. Curtius schloß seine Ausführungen mit dem Ausdruck der Befriedigung, daß schon nach der bisherigen Debatte im Europäischen Ausschuss der erstehende Wille besteht, die schwersten ihm vorliegenden Probleme mit Ernst und Entschiedenheit anzupacken. Eine freimütige Aussprache über die bisher vorhandenen Gegenstände ist die Voraussetzung für den Erfolg der Arbeiten im Ausschuss.

Deutsches Dementi.

Der Genfer Berichterstatter der „New York Times“ hat seinem Blatt berichtet, daß Curtius bei seiner Aussprache mit Briand am vergangenen Sonntag dem französischen Außenminister auseinandergesetzt habe, daß eine wirkliche Abkehr von der Politik Stresemanns nicht erfolgen werde. Die Nationalsozialisten zwängen ihn aber, gewisse Dinge zu tun.

Diese Meldung der „New York Times“ wird an zuständiger Stelle in Berlin auf Grund eingehender Information aus Genf entkiffen in Abrede gestellt. Auch über die Frage eines französischen Kredites für Deutschland, die ebenfalls in der obigen Besprechung zwischen Briand und Curtius erörtert worden sein soll, ist an zuständiger Stelle nicht bekannt.

Schicksalsfragen der deutschen Zukunft.

Höpler-Mißoff über die Polenfrage.

Schneidemühl, 21. Januar.

In einer Reichsgründungsfeier der Deutschen Staatspartei sprach hier der preussische Finanzminister Dr. Höppler über die Schicksalsfragen der deutschen Zukunft. Ueber die Schwierigkeiten mit Polen sagt der Minister: „Der politische Traum von der Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Staates ist Wirklichkeit geworden. Wir können den Polen die Entwicklung, aber nicht die Wirtschaft, die wirtschaftlich und politisch aufeinander angewiesen sind.“

Genau, Polen darf heute auf Frankreichs Hilfe rechnen und Deutschland liegt in den Fesseln des Versailler Diktats. Aber wird alles immer so bleiben? Europa ist in unerbittlicher Gärung. In welcher Weise könnten Deutschland und Polen mit zur Befriedigung Europas beitragen, wenn unter ihnen Frieden und freundschaftliche Verständigung Platz greifen wollten? Die Polen sollten verstehen, daß wir es nicht verfehlen können, daß der Korridor ohne Zustimmung und Oberbehörden gegen das Ergebnis einer Abstimmung und Genuß findet, daß das rein deutsche Ostpreußen vom Mutterland abgetrennt ist, daß eine Million Deutsche aus Polen von Haus und Hof vertrieben worden ist, daß die deutschen Minderheiten unter dem schwersten Druck zu leiden haben. Wir appellieren nicht an die Gewalt, aber wir appellieren an die Gerechtigkeit und die Vernunft, die auch den Polen sagen müßte, daß eine Verständigung mit Deutschland und die Befriedigung deutscher Wünsche die Festigkeit des polnischen Staates für alle Zukunft vergrößern, die Entwidlung des polnischen Staates und seiner Bevölkerung fördern und dem gärenden Europa hier im Osten den Frieden für die Zukunft bringen würde.



Curtius' Nachfolger?

In politischen Kreisen wurde als Nachfolger des angeblich amtscheidenden Reichsaussenministers der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, genannt. Die Melina wird amtlich demittiert.

Die Europa-Konferenz

Genf, 21. Januar.

Die Europa-Konferenz, die sich länger hinzieht, als ursprünglich angenommen wurde, dürfte die nächste Konferenz für den Monat Mai dieses Jahres ansetzen. In den Debatten der vorgeschlagenen Sitzung hat sich gezeigt, daß auch diese Tagung hauptsächlich wirtschaftlichen Fragen gewidmet sein wird. Ueber die Frage der Agrar-Kredit-Erweiterung hat der Vorsitzende des Finanzkomitees des Wälterbundes, Swisch, gestern in der Konferenz die Ergebnisse der mehrjährigen Beratungen mitgeteilt, zu denen dieses Komitee gelangt ist. Er erklärte, es müßte die Frage der Schaffung langfristiger Kredite geprüft werden, die die geeignete Form seien, um fremdes Kapital zu bekommen. Derartige Institute könnten die Kredite unter der Verantwortung eines staatlichen Zentralinstitutes geben. Andererseits müßten diese Zentralinstitute in Verbindung mit einem internationalen Kreditinstitut arbeiten. Um diese Frage zu lösen, sei die Einberufung eines Komitees notwendig, dem das Finanzkomitee, das Wirtschaftskomitee, das Internationale Landwirtschaftsinstitut und landwirtschaftliche Sachverständigen angehören könnten. Dieses Komitee müßte dem Wälterbundsrat auf seiner Tagung im Mai konkrete Vorschläge machen.

Für Streichung der Kriegsschulden

London, 21. Januar.

Bei der Jahresversammlung der Barclays-Bank hielt der Vorsitzende, Goddard, eine längere Rede, die große Beachtung fand. Der Redner nahm zunächst Stellung gegen das Ueberhandnehmen des Zollprotektionismus und wandte sich im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen dem Kriegsschuldenproblem zu. Hierbei führte er unter anderem aus, sowohl die Vereinigten Staaten wie auch andere Länder könnten durch eine Streichung der Kriegsschulden nur gewinnen. Beim augenblicklichen Stand der Dinge werde Deutschland, um seine Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können, genötigt, seine Industrie in einem derartigen Ausmaß zu rationalisieren, daß es zwangsläufig und in steigendem Maße in immer härteren Wettbewerb gegen alle an der industriellen Produktion interessierten Länder treten müßte. Den Interessen der Welt sei besser damit gedient, wenn Deutschland von seiner Schuld nicht befreit werden würde und so in die Lage käme, nicht nur seine eigenen Waren zu exportieren, sondern auch Fertigerzeugnisse aus dem Auslande wieder in größerem Umfange einzuführen.

Amerika will mitarbeiten

Washington, 21. Januar.

Nichtamtlich wird mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, die Bemühungen der Bank für internationale Zahlungsausgleich um eine Lösung des Goldproblems zu unterstützen. Sogar Beamte des Staatsdepartements erklären, Amerika sei geneigt, an einem Plane zur Erleichterung von Goldtransfers aus Europa mitzuarbeiten. Vor Ausstellung eines festumrissenen Planes erwartet man, wie sollen einen ausführlichen Bericht des Konjunktur der Vereinigten Staaten in Basel.

gen früh punkt fünf bekomme ich gräßliche Zahnschmerzen und muß unbedingt sofort in die Stadt zum Zahnarzt. In aller Stille natürlich. Verstanden?“

„Offen gehalten — nein, gnädigste Komtesse.“
„Ich habe eben meine Gründe, morgen hier durch Abwesenheit zu glänzen. Verproviantiert habe ich mich schon. In der Waischule hinter dem großen Jinfach steht bereits die Proviantkiste. Das heißt, eigentlich keine Kiste, sondern ein kleiner Kellertopf. Den holen Sie morgen früh herbei, verlaufen ihn im Auto und erwarten mich sodann mit dem Wagen vor dem Parktor. Nun endlich klappt?“

„Ah — der gnädige Herr Graf soll —?“
„— und braucht nichts davon zu wissen!“

„Und das gnädigste Fräulein Tante?“
„Die erst nachts. Kann ich mich also auf Sie verlassen? Auf ein Frühstück soll es mich nicht antommen. Da —“
„Wie wartet ein Kümmerlein auf den Tisch.“
„Allo punkt fünf Uhr, Hohann!“

Er nickte. Sie ging.
Lange, lange stand der Chauffeur noch auf dem gleichen Fleck. Dann trat er langsam zum Tisch, fuhr streichelnd über den Gelbfleisch, glättete ihn und schrieb in plöseliger Eingebung einige Worte auf den Rand, ehe er ihn in einem Franke seiner Brieftasche barg. Dann begab er sich zur Küche —

V.

Ein prächtiger Sonnenaufgang leitete den neuen Tag ein. In den Grasflächen funkeln keine Zartropfen und glitzern so hell, als wären es gläserne Kugeln. Tausend duftige Blumen entfalten ihre Kelche und erfüllen die Luft mit lieblichen Wohlgerüchen. Falter in allen Farben taumeln schlaftraumt umher, in den Büschen und Bächen und hoch in den Wäldern lang das buntgefiederte Vögel der Vögel keine Morgenlieder. Und über allem die Sonne mit goldenem Schein.

„Wie schön, wie wunderschön!“ dachte Komtesse Sufi, als sie in ihrem roten Schleierkleide, auf dem Rutschlopp ein gleichfarbendes, seidenes Käppchen, über den Kiesweg

Bagen klagt beim Staatsgerichtshof

München, 21. Januar. Der Ministerrat hat gestern einstimmig beschlossen, die Klage wegen des Steuerereinstellungsbeschlusses beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zu erheben. Die Klage wird mit der Begründung in kürzester Frist abgehen.

Nationalsozialisten gegen Rechtsauschuss.

Die Gründe für ihre Forderungen.

Berlin, 21. Januar.

Die nationalsozialistischen Mitglieder des Strafrechts-Ausschusses sind seitgenommen haben, veröffentlichte eine Erklärung, wonach dieses Gremien nicht etwa eine grundsätzliche Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit im Ausschuss bedeuten sollte. Vielmehr bestimme sich die positive Mitarbeit der Fraktion an dem neuen Strafbuch-Gesetzentwurf von Fall zu Fall. Zur Begründung dieser Haltung heißt es in der Erklärung, das objektive Recht des Staates ist gelte von der Art und Weise seiner Handhabung nicht zu trennen. Die Bekämpfung der Straftat im amerikanischen Staat einschließlich des Gnadenerfahrens ließe unter dem Einfluß marxistischer Parteimitglieder. Sie lasse eine ausgeprägte Tendenz zur wohlwollenden Begünstigung großkapitalistischer Schieber erkennen. Bei der Verfolgung der nationalen Jugend sowohl im Strafpolizeigang als auch in der Erfindung zweideutiger Strafgesetze sei die Rechtsprechung seit Jahren des nationalsozialistischer Mitglieder im amerikanischen Bewusstsein. Die nationalsozialistischen Mitglieder vermüßten daher nicht gestatten an einer Unternehmung mitzuwirken, bei der gerade die Träger dieses Berufs für sich das Recht in Anspruch nehmen, neue Strafgesetze zu machen. Sie könnten sich nicht davon überzeugen, daß die Mehrheit des Ausschusses und des Reichstages ausreichende staatspolitische Vorstellungen von den schädlichen Lebensfragen unseres Landes besäße.

Rücktritt des Ministerialdirektors Muffel

Meinungsverschiedenheiten bei der Offiziere.

Berlin, 20. Januar.

Zu den Meldungen obdieser Blätter, der Behörde des Offiziers in Königsberg, Ministerialdirektor Muffel, habe in einem Schreiben an den Reichsminister Erziehung und Volksbildung aus seinem Amt getreten, weil ihm eine entsprechende Tätigkeit in Königsberg weiterhin unmöglich erscheine, wird mitgeteilt, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit lediglich um technische Schwierigkeiten handelte. Die Treuhänderstelle habe den Kursausgleich gefordert für Mandatbriefe, deren Kurs gelunten sei. Dieser Kursausgleich habe aber zu große Mittel gefordert. Muffel habe lediglich keine dienstliche Tätigkeit in Berlin vertreten. Entgegen einer Berliner Mitteilung verdienne, wie weiter mitgeteilt wird, vor allen Dingen hervorgehoben zu werden, daß sich Muffel in keinerlei Beziehung zu Preußen befinde.

Im Gegenatz zu dieser Meldung belagt eine Mitteilung des Preussischen Presbidenziums a. a.

Ministerialrat Muffel sieht sich zu seinem Schicksal ausschließlich durch die Schwierigkeiten veranlaßt, die der Durchführung der Umgestaltung der durch die Haltung der Ostpreussischen Generallandtagsdirektion bereit werden. Unter Ausnutzung normal-rechtlicher Bestimmungen der Landtagsdirektion normal die Generallandtagsdirektion die Zwangsverfeigerung ungeschuldbeter Betriebe zum Anlag, finanzielle Ansprüche zu erheben, die die Handlungsbefreiung des Leiters der Landtagsdirektion und der zur Betreuung der ungeschuldbeten Betriebe gegründeten Treuhänderstelle einengen, wenn nicht gar ausschließen und erhebliche Zinsen vom Reich und Staat erfordern. Diese Auswirkung der von der Landtagsdirektion eingenommenen Haltung hat Ministerialrat Muffel als unerträglich angesehen.

Ein Direktorium für Groß-Berlin.

Der gegenwärtige Zustand unhaltbar.

Berlin, 20. Januar.

Das Schicksal des Entwurfes zum Berliner Selbstverwaltungsgesetz, durch das entschieden werden soll, ob Berlin nach der Bürgermeistereiorganisation oder nach der Magistratsorganisation regiert werden soll, ist noch immer nicht entschieden. Die Gemeindevorstände des preussischen Landtages für Montag, den 28. Januar, zu einer Vorbesprechung. Vor dem Partor hand bereits die Limousine, an den Räder geleht Johann.

Bei ihrem Naben richtete er sich auf, um die Tochter des Hauses mit einer liebevollen Verbeugung, die der romantischer Salonlady nicht besser gemacht hätte, zu begrüßen. Dabei umfachte er ihre hüftige Erscheinung mit einem bewundernden Blick, den Sußi nicht bemerkte.

Es war eigenartig; Gerade in diesem Augenblick erschien er ihr nicht wie ein bezäpfter Bedienter, sondern als ein vollendeter Gentleman. War es seine männliche elegant wirkende Gestalt oder sein markantes, sympathisches Gesicht, das diesen Eindruck in ihr erweckte? Sie wußte es nicht. Ebenfalls trug ihre Festhaltung dazu bei, ihre ohnehin sorglos-fröhliche Stimmung noch um ein Beträchtliches zu steigern.

Neben dem Chauffeur geführte sie das Proviantkörbchen. „Na also!“ meinte sie vernünftig. „Dann sind wir ja komplett. Abfahrt!“ Und als er sie fragend anschaute, rief sie lustig: „Wohin, und ganz gleich. Ständig werden wir schon hinfommen. Fahren Sie mich dahin, wo es Ihnen, herrlich schön ist. Nur fort — ins Blaue hinein.“

Und Johann fuhr ins Blaue — fuhr in einem Tempo, daß jeder und vielen taubstummartig vorüberwühlte. Er wußte ja, solche rasenden Fahrten waren nach des Romteckens Geschmack. Eine Stunde ging es so in hüßlicher Gleichmäßigkeit über die Landstraße dahin. Der prächtige Eisenwald war nicht fern. Johann fuhr wie aus Ergriffenheit am Steuer. Häute sie kein Gesicht gesehen, wäre sie entschieden verwundert gemeldet. Wie Sonnenchein lag es auf seinen Zügen.

Er träumte. Träumte mit offenen Augen. Wie schön war doch die Welt — wie schön das Leben — wie schön diese Stunde —

Plötzlich trommelte sie hinter ihm an die Scheibe und befehl ihm, anzuhalten. Als die Vierabremsen klirrt, sprang sie aus dem Wagen und trat Anhalten, zu ihm auf den zweiten Sitz, auf dem das Körbchen stand, herauszutreten.

(Fortsetzung folgt.)

Die tolle Miss

Humoristische Roman von Bert Oehlmann.

21. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie fühlte, wie ein leichtes Rot in ihre Wangen stieg und ärgerliche Mißmut. Im der plötzlichen Verlegenheit Herrin zu werden, blühterte sie nervös in dem Busse herum. „Bah, das hatte sie nötig, vor einem Bedienten zu erröten!“

„Mergelich mühterte sie ihn. Was haben Sie denn da für eine elegante Fada an?“ Es trieb sie förmlich dazu, ihm eine Boche zu legen. Er schien in der Frage aber nichts Verleidendes zu erblicken, denn keine Antwort klang klar und ruhig. „Eine abgelegte meines trüben Herrin, des Barons von —“

„Danke, interessiert mich nicht weiter. Mebrigens — hm — was wollte denn mein Cousin bei Ihnen? Er war es doch, der eben hier war, nicht?“

Jetzt war es der Chauffeur, dem eine Blutwelle über das Gesicht schlug. „Samohl,“ murmelte er, „der Herr Graf haten — nein, der Herr Graf wollten —“
„— ah, ja, der Herr Graf haben einen Gegenstand im Auto liegen. Und da kam er eben, um mich zu fragen, ob ich —“

„Kommen wir zur Sache.“ Schnitt Sußi ihm das Wort ab. „Kann man sich auf Sie verlassen? Können Sie Schweigen?“

Das Thema von vorhin war ihm sichtlich unangenehm gewesen. Nun atmete er erleichtert auf und erwiderte: „Wenn gnädigste Komtesse befehlen — bis zum Tode!“

Sie nickte zufrieden. „Dann sind Sie mein Mann!“

„Mit taunend Freuden!“

Es mußte ein ganz besonderer Unterton in seiner Stimme mitschwingen haben, denn Sußi sah ihn verdutzt an. Er fragte an. „Wie Sie aber in keinem Anblick nichts Besonderes las, fuhr sie fort: „Also lassen Sie auf. Mor-

Beizig. Sechzehn Verhaftungen. Wegen der Zusammenkünfte zwischen Kommunisten und Barmherzigen Anfang Januar in Erdmannshain bei Naumburg, über die wir feinerzeit berichteten, sollen, wie gemeldet wird, bisher sechzehn Arbeiter in den Drifchäften Zuchshaus, Lieberwoltzow usw. verhaftet worden sein und sich in Untersuchungshaft befinden.

Chemnitz. Zahlungsschwierigkeiten. Wie verlautet, ist über das Vermögen der freien Turnervereinigung Chemnitz das Vergleichsverfahren eingeleitet worden. Die Verpflichtungen sollen sich auf über 600 000 Reichsmark belaufen. Unter anderem ist die Stadtgemeinde Chemnitz mit 150 000, die Sparkasse der Stadt Chemnitz mit 50 000 und das Schulamt mit 12 000 Reichsmark beteiligt. Unter den Gläubigern fallen sich auch zahlreiche Handwerker und Viejeranten befinden.

Folgen der Schneeverwehungen
Chemnitz. Die hohen Schneehöhen im Erzgebirge haben jetzt die ersten Verletzungen gefordert. So erlitt ein Reisender des Postautos der Linie Bergschnee-Zuglufsburg-Chemnitz beim Durchfahren einer hohen Wehe, was mit ziemlicher Geschwindigkeit vor sich gehen muß, um durch den Schnee hindurchzukommen, einen Armbruch, mehrere andere Insassen trugen leichtere Verletzungen davon. Der Verkehr auf der Straße Mildeau-Königsvalde mußte vollkommen gesperrt werden, ebenso der Kraftstoffverkehr zwischen Geyer und Gerlesheim. Das kleine Dorf Sebnitz ist infolge der Vernebelung der Straßen fast vollkommen von jedem Verkehr abgeschnitten. Sogar dem mit sechs Pferden bespannten Schneepflug gelang es nicht, den Weg freizumachen.

Celsig. Eine eigenartige Folge hatten die Schneeverwehungen auf der Straße Celsig-Wernsdorf, wo eine Kraftpistole festgeblieben war und den Verkehr sperre. Der

Verkehrstag mußte ausfallen, da das Gerichtspersonal mit den Kraftwagen ebenfalls feststecken blieb.

Dresden. Abgelehnter Schiedsspruch. Wer für die in den Betrieben des Arbeitgeberverbandes Sächsischer Gemeinden beschäftigten Gemeindearbeiter gefällte Lohnschiedssprüche ist von beiden Parteien abgelehnt worden. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Zentralausschuß in Berlin.

Dauen. Nationalsozialistentreffen. Die ostfälischen Nationalsozialisten hielten hier ein Brigadetreffen ab, bei dem die neugegründete Brigade 3 (städtische Kampf) dem Kommando des Brigadeführers von Zschammer und Ofen unterstellt wurde. Bei einem Umzug von etwa 1600 SA- und SS-Beuten kam es zu heftigen Anstößungen durch Kommunisten. Die Polizei schritt ein. Zu einem ersten Zusammenstoß kam es am Gewerkschaftshaus. Als sich der Zug an dem Gebäude vorbeibewegte, verlusten Anwesende, sich ihm entgegenzustellen. Hierbei entfiel unter den Nationalsozialisten die Meinung, einer ihrer Kameraden sei in das Gewerkschaftshaus verdrängt worden. Einige Zugteilnehmer verhielten daraufhin, die Tür zu sprengen, um ihren vermeintlich gefangengehaltenen Genossen zu befreien. Nachdem der Sadovpferd aufgelockert worden war, legte sich der Zug wieder in Bewegung.

Das Lawinenunfall bei Benediktbeuern
Benediktbeuern, 21. Januar. Zu dem Lawinenunfall an der Benediktbeuern-Weinung wurde am 19. 20 Uhr traf die Benediktbeuern-Weinungssolonne, an der Mannschaften der Sanitätskolonne des Gebirgsunfalldienstes und des Sportvereins Benediktbeuern teilnehmen, an der Unfallstelle ein. Der Anstiege aetalierte sich wegen der außerordent-

lich starken Vereisung aller Wege äußerst schwierig. Die Bergungsarbeiten wurden sofort mit allem Nachdruck aufgenommen. Die anderen Rettungs Expeditionen waren, soweit bisher bekannt, um 20 Uhr noch nicht an der Unglücksstelle eingetroffen. Auch die Namen der Verunglückten konnten noch nicht ermittelt werden.
Der Rettungssolonne gelang es nach angestrengter Arbeit gegen 10 Uhr abends, einen der verunglückten Landespolizeibeamten schwerverletzt zu bergen. Von den übrigen sieben konnte noch keine Spur gefunden werden.

Eingefandt.

Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Notizen übernehmen wir keine Verantwortung.

Öffentlich hat der liebe Briefschreiber „trauer Freund“ den Brief noch nicht zur Post getragen. Da sein Freund doch wohl von dem Konzerte des Kantorei-Männer-Gesangsvereins alles wissen möchte, sei noch auf das wunderschöne Duett „Im Dorfe blüht wieder die Linde“ hingewiesen. Es wurde von den Darstellern geradezu entzückend zum Vortrag gebracht. Vom Anfang bis zum Schluß folgten die Zuhörer dem Spiel mit wachsender Interesse. Wir hoffen, daß der Freund nun das nächste Konzert bestimmt besuchen wird, mag sich dann aber einen Pelz mitbringen, um sich gegen die fürchbare Kälte in der Saale zu schützen. Viele Grüße des Konzertes.

Kirchliche Nachrichten.

Kemberg.

Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, **Bibelstunde** in der Propstei Propst Vertram.

Sonntag, den 25. d. Mts. vormittags 1/10 Uhr **Missionspredigt** im Bürgerl. **Nachmittags 1/4 Uhr in der Weintraube** Missionsvortrag des Herrn Missionas Duhn:
20 Jahre als Missionar in China
Gefänge des Kantorei-Männergesangsvereins Begrüßung durch Herrn Propst Vertram. Schluß gegen 6 Uhr.
Alle Ewangelischen sind herzlich eingeladen.
Der Gemeindegemeinderat Vertram

Kostenanrichtlag-Formulare empfiehlt ab Lager **Rich. Arnold.**

Ferkel gibt ab
Oskar Schwabe, Wittenbg. Neum. 17
Masten-Kostüme zu verleihen. Zu ertragen in der Geschäftsstelle d. Wl.
Ca. 4 Morgen große **Obstplantage** preiswert zu verkaufen.
Hermann Schulz Kemberg, Schmiedeberger Straße
Eine Wiese zum selber düngen auf mehrere Jahre sofort zu verpachten. Näheres bei **Frau Ww. Appel**

Zahn-Atelier
Fr. Genzel Dentist.
Vollst. schmerzlindeendes Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgame
Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedlen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Morgen Donnerstag von 2 Uhr ab frische Fasten-, Schaum-, Mohn- und Kümmel-Brezeln.
O. Herrmann, Bäckerei

Morgen Donnerstag ab 2 Uhr frische Brezeln
— Ernst Berndt —
Bäckerei Tel. 284 Conbiterei
Morgen Donnerstag, von 1 Uhr an frische Kümmel-, Mohn-, Fasten- und Schaum-Brezeln
Bäckerei Mattheß
Zum Schlachtfest empfehle
Pfeffer, schwarz 1/4 Pfd. 30 Pfg.
Pfeffer, weiß 1/4 Pfd. 35 Pfg.
Neugewürz 1 Pfd. 35 Pfg.
Kümmel 1 Pfd. 50 Pfg.
Majoran 1/4 Pfd. 25 Pfg.
Zwiebeln 1 Pfd. 5 Pfg.
J. G. Glaubig

Kadfahrer-Verein „Wanderlust“, Gads
Sonntag, den 25. Januar, von abends 7 Uhr an
Winter-Bergnügen
bestehend aus **Konzert, Theater und Ball**
wozu freundlichst einladet **Der Vorstand**

Achtung Kadfahrer-Verein „Leutonia“ Gommlo
veranstaltet am Sonntag, den 25. Jan. einen **Preis-Maskenball**
Zur Verteilung gelangen je nach der Verteilung bis zu 10 Preise
Anfang 7 Uhr. Für Masken freier Eintritt
Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand**

Roßs zur **Warmwasserheizung** hat stets auf Lager
Albert Quilligss Nachf.
Eine Wohnung zum 1. Februar zu vermieten, evtl. auch geteilt
Reinhold Müller, Amalberstr. 39

Einen Lehrling sucht zu Ötern
Richard Arnold, Buchdruckerei.
Freiw. Feuerwehr Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr im Schützenhaus
General-Versammlung und **Appell**
mit sämtlichen Ausrüstungsgegenständen. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.
Der Oberbrandmeister

Gewerbe-Verein
Am 5. Februar findet zur Ausfüllung der Steuererklärungen ein **Steuertag** statt. Wir bitten unsere Mitglieder, sich diesen Tag vorzumerken.
Der Vorstand

Schützenhaus
Sonnabend und Sonntag
Bockbier-Fest
Preis-Stat
Sonnabend, den 24. Jan. bei **Ernst Bachmann**

Für die aufrichtige Teilnahme an dem Heimgange unserer teuren Entschlafenen
Frau Minna Ludley
für letztes ehrendes Geleit, Blumenspenden, trostreiche Worte und Gesang drücken wir allen in stiller Dankbarkeit die Hand.
Kemberg, den 21. Januar 1931
Familie H. Ludley

2 Kerle wie Milch u. Blut
Der Stolz der Eltern
Die Tausende von Attesten zeigen, daß es sich bei Scott um ein besonderes Stärkungsmittel handelt. Millionen Flaschen werden in den Kulturländern mit bestem Erfolg verbraucht. Scott ist kein chemisches Produkt, sondern enthält die natürlichen Nährstoffe, in leicht assimilierbarer Form. Verlangte nur Original Scott in allen Apotheken und Drogerien.
Depot: Löwen-Apotheke, Elbe.

Maskenbällen empfehle
Gefichts-Masken Nasen, Bärte, Köpfe, Ohren, Brillen Goldborste, Sterne, Münzen, Bänder Fächer, Vatermörder und Schleifen Ansteckblumen, Schirme, Pflitschen Luftschlangen, Konfetti
Kopf-Bedeckungen und **Scherz-Artikel** in reichster Auswahl
R. Arnold, Kemberg

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg — Fernsprecher Nr 208.



Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Musikisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer General-Veröffentlichung streicht sich erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 15 Pica, die Spaltenhöhe 10 Pica. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich. / Bei anderen Tagen und Plätzen, sowie für unrichtige Wiedergabe unentgeltlich. / Bei anderen Tagen und Plätzen, sowie für unrichtige Wiedergabe unentgeltlich. / Bei anderen Tagen und Plätzen, sowie für unrichtige Wiedergabe unentgeltlich.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 10

Donnerstag, den 22. Januar 1931

33. Jahrg.

Die städtischen Fuhrn 1931

folien vergeben werden.

Wir bitten schriftliche Angebote (verchlossen mit Aufschrift „Stadtfuhrn“) bis Freitag, den 23. Januar, 18 Uhr, in der Stadtdirektion abzugeben. Angebotsordrücke können in der Stadtdirektion entnommen werden.

Die Auswahl unter den Bietern und die Ablehnung sämtlicher Angebote bleiben vorbehalten.

Die Angebote werden **Sonabend, d. 24. Januar, um 20 Uhr**, im Ratssaal geöffnet. Zu diesem Termin werden die Bewerber hiermit eingeladen.

Auf die heute eingegangene Eingabe der Fuhrunternehmer können wir grundsätzlich nicht eingehen. Wir bitten alle Unternehmer, die Interesse an der Uebertragung von Fuhrn haben, ihre Angebote vorschriftsmäßig und pünktlich einzureichen.

Kemberg, den 20. Januar 1931.

Der Magistrat.

Brennholzversteigerung.

Dienstag, den 27. Januar, 9 1/2 Uhr, sollen im Stadtforst Oppin

32 rm kiefernes Scheitholz,

197 rm „ Rollholz,

2 rm eichenes „

(Durchforstung) versteigert werden.

Sammelort: Forsthaus. Bedingungen im Termin Kemberg den 21. Januar 1931.

Der Magistrat.

Reinigung der Bürgersteige.

Die Bürgersteige sind nach jedem Schneefall sofort zu reinigen und dauernd von Schnee und Eis freizuhalten. Bei Glätte sind die Bürgersteige und Fußwege nötigenfalls auch die Fahrbahnen, mit abkumpfenden Mitteln (Sand, Asche, Sägespäne) zu bestreuen.

Unterlassungen werden bestraft.

Kemberg, den 21. Januar 1931.

Die Polizeiverwaltung.

Sechs Reden zur Abrüstung.

Großer Tag in Genf.

Genf, 21. Januar.

Der Völkerverbundrat hat einen ganz großen Tag gehabt, wenn man die Bedeutung seiner Sitzungen an den rednerischen Leistungen messen will, die sie zeitigen. Praktisch allerdings läßt das Ereignis dieser großen Aussprache zunächst noch zu wünschen übrig, und die Aussichten, die sich hier eröffnen, sind zum mindesten sehr langweilig. Gleichwohl aber kann man nicht übersehen, daß die sehr ausgedehnte und sehr gründliche Aussprache, an der sich sechs führende Delegierte beteiligten, noch einmal theoretisch das Abrüstungsproblem von allen Seiten beleuchtet haben, so daß man annehmen möchte, der Worte seien genug gemeldet. Das berechtigt nicht nur dazu, auf Seiten zu warten, es verpflichtet auch zur Aktivität.

Dem kurzen Bericht der spanischen Delegierten über die bisherigen Arbeiten der Abrüstungskommission folgte sofort die angekündigte Rede des englischen Außenministers Henderson, die sich grundsätzlich sehr hart für die Verwirklichung des Abrüstungsgedankens einsetzte und in ihrer Warnung vor der Wiederkehr der früheren friererisch eingestellten Bündnisse sehr eindringlich war. Die Forderung, der Welt zu zeigen, daß man bereit ist, auf Abrüstungen zu verzichten, war der wirksame Höhepunkt dieser Rede und zugleich das Schlagwort für den deutschen Außenminister Dr. Curtius, der schonlichlos aber noch einmal sehr eingehend die deutsche Kritik an dem bisherigen Ablauf und an dem höchst unbefriedigenden, ja gefährlichen Ergebnisse der Abrüstungsberatungen beleuchtete. Seine Forderung, daß Deutschland gleichberechtigt im Abrüstungsstand und in der Gewährung von Sicherheiten neben den anderen Staaten an dieser Aufgabe mitarbeiten werde oder ihnen mit allem Vertrauen und ernstlichen Bestreben gegenüberstehen müsse, leitete zu der Warnung hin, daß an dem Abrüstungsproblem und seiner befriedigenden Lösung der Völkerverbund keine Erstlingsberechtigung zu erweilen habe und daß ein Verlangen sein ganzes Dasein erschüttern müsse. Der auf Curtius folgende italienische Außenminister Grandi machte gleichfalls sehr scharf Front gegen die Bereicherung von Sicherheit als Voraussetzung und Abrüstung als Konsequenz und forderte die neue Festlegung des Termins für die Abrüstungskonferenz. Beweisen sich diese drei Reden in positiven Gedan-

tenkungen und in vorwärtstrebenden Zielen, so kam mit den Ausführungen Curia's sofort das retardierende Moment, das „Wenn und Aber“ und das Abbiegen von der im Grundgedanken der Abrüstung gegebenen geraden Zielsetzung. Man hätte aus dieser Rede viel von Hoffnungen von Vertrauen, von moralischen Beziehungen, die wichtigsten seien als Abrüstungsbedingung von notwendigen Versicherungen und als befreiende positive Gabe von der Pflicht, sich nicht zu trennen und einander zu trauen. Auch die Anerkennung der Gleichberechtigung für die kommende Konferenz werte Briand wahrscheinlich als ein besonderes Entgegenkommen. Ihr Ergebnis allerdings ist für ihn schon dann ein Gewinn, wenn es das Gefühl der Sicherheit verliert und der Forderung auf Abrüstungsvermeidung geht er mit der Bitte zu Liebe, es möchte weniger darauf an, wieviel Soldaten und Waffensysteme ein Volk haben dürfe als auf den guten Willen, sich ihrer nicht zu bedienen. Von diesem guten Willen wußte auch der polnische Außenminister Jozefi besondere Worte zu machen. Der rednerische Zustand des Kampfes um die Abrüstungskonferenz war formal erdrückend, aber das prägnante Ergebnis wird man ohne Optimismus erwarten müssen.

Curius redet Fraktur.

Henderson und Grandi sekundieren.



Das Abrüstungsschema, das so entstand, läuft höchstens auf die Stabilisierung des heutigen Abrüstungsstandes hinaus. Zum Teil würde es sogar noch eine Erhöhung dieses Abrüstungsstandes erlauben. Daher hat sich schon im Frühjahr 1929 der deutsche Vertreter auf Ablehnung der Abrüstungskonferenz klar von dem Programm der Mehrheit der Kommission lösen müssen. Die Kommission ist schließlich so weit gegangen, diesen an sich völlig ungenügenden Entwurf auch noch vorrübergehend zu verbinden mit einer erneuten Festlegung des uns verträglichsten aufgestellten Entwurfsschemas.

So war es klar, daß wir das Ergebnis der Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission ablehnen mußten. Die kommende Abrüstungskonferenz wird nur dann annehmbare Ergebnisse zeitigen können, wenn sie zunächst, ehe sie an die Einsetzung von Ziffern geht, die jetzt vorgeschlagenen Verfahren durchgreifend revidiert.

Sie wird sich ferner den ersten Grundgedanken der Völkerverbundes, nämlich die Gleichberechtigung seiner Mitglieder, zu eigen machen müssen und nicht Sicherheit gegen Unsicherheit stellen dürfen.

Das hat schon mein Amtsvorgänger ausgesprochen. Reichszonler Hermann Müller hat 1928 in Genf ähnliches gesagt. Immer wieder hat die Reichsregierung diesen Grundgedanken zu dem ihren gemacht, so daß im Sommer vorigen Jahres in ihrer Denkschrift zur Rheinpaktfrage, Graf Berthold hat noch vor sechs Wochen in diesem Saale für Deutschland paritätische Sicherheiten verlangt. Ich billige und unterbreite keine Ausführungen ganz.

Würde der Völkerverbund diesen Grundgedanken preisgeben, würde er an dieser Aufgabe verfehlen, die darin besteht, allen seinen Mitgliedern Sicherheit zu verschaffen, so würde er keine Friedensaufgabe versehen, kein eigenes Dasein erschaffen und keine Existenzberechtigung verlieren. Erhält er aber keine Verpflichtungen in der Abrüstungsfrage, so werden mit die ersten sein, das anzuerkennen. Niemand kann mehr an wirklicher Abrüstung gelegen sein als dem deutschen Völk-

Der italienische Außenminister Grandi betonte, daß die Stellungnahme seiner Regierung in der Abrüstungsfrage bekannt sei. Sie entspreche dem Völkerverbundvertrag, dem Italien treu bleiben werde.

Das gegenwärtige Mißverhältnis zwischen den Abrüstungen und den tatsächlichen Notwendigkeiten der Landesverteidigung sei das Haupthindernis einer wirksamen Abrüstung. Die Völker würden eine Verfestigung der Einberufung der Abrüstungskonferenz nicht lassen können.

Europa befinde sich infolge der durch den Weltkrieg hervorgerufenen Umwälzungen mitten in der schwersten wirtschaftlichen Krise. Milliarden von Schulden und Steuern für Reparationen und Kriegsschäden lasteten auf den Völkern.

Außenminister Briand

betonte, es sei völlig unmöglich, daß die Abrüstungskonferenz nicht zu einem Erfolge führe. Jedes Volk sei durch diese feierliche Verpflichtung gebunden. Die Regierungen, die sich dieser Verpflichtung entziehen würden, entehrten die Welt. Die Abrüstung müßte jetzt, sowie es die Bedingungen der Sicherheit erlaubten, durchgeführt werden.

Der Gedanke der Sicherheit sei jedoch in letzter Zeit verwässert. Er sei ganz anders ausgedeutet worden, als es ursprünglich gemeint gewesen sei. Es empfehle sich daher, nicht weiter allzuviel von der Sicherheit zu reden. In der Abrüstungsfrage komme es weniger auf den Willen der Regierungen an, über die ein Land verfüge, als auf den guten Willen, von diesen Regierungen keinen Gebrauch zu machen.

Er sei sehr überzeugt, daß die Abrüstungskonferenz zu einem großen Erfolge führen werde. Wenn auch nicht alles erreicht werden könne, so werde doch eine Einigung erzielt werden können.

Briand erklärte jedoch unter deutlichem Hinweis auf Curius, einer seiner Kollegen habe Vorbehalte geltend gemacht. Er habe Verständnis dafür, aber von größter Bedeutung sei es, daß zwischen den Völkerverbündeten keine Trennung entstehe. Er hoffe, daß die Zeit kommen werde, zu der alle Völker auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung nebeneinander arbeiten würden. Heute befände man sich bereits auf diesem Wege.

... und Herr Jozefi

lagte, daß Polen im Hinblick auf seine geographische und wirtschaftliche Lage, Sicherheit und Abrüstung fördern müsse. Man werde dem Artikel des internationalen Haager Schiedsgerichtshofes über die schiedsgerichtliche Regelung von Rechtsfreiheiten beitreten. Der Vertreter Japans betonte, daß es sich bei der Abrüstungskonferenz nur um einen ersten Schritt handele. Wenn dieser nicht zu einem Erfolge führe, sei das ganze Gebäude des Völkerverbundes auf das ernsteste gefährdet.

Die Aussprache wird in einer der nächsten Sitzungen des Rates fortgesetzt werden.

Eine zweite Curius-Rede.

In der öffentlichen Nachmittags-Sitzung des Europäischen Ausschusses erging in Fortsetzung der Aussprache über den Bericht Colins

Reichsaußenminister Curtius

das Wort, um den Standpunkt der deutschen Regierung zu den aufgeworfenen Fragen darzulegen und besonders zu der Rede des südafrikanischen Außenministers Marinkowitsch Stellung zu nehmen. Curtius dankte Herrn Colins, daß er in seinem Bericht den europäischen Regierungen die ungeklärte Wahrheit über den unbefriedigenden Stand der heutigen Abrüstungspolitik vorgehalten habe. Aber schon die Tatsache, so fuhr er fort, daß nach der Berichterstattung Colins der südafrikanische Außenminister in vielen Punkten die Irrtüder der gegenwärtigen Abrüstungspolitik anders als Colins dargestellt hat, beweist, daß es heute keine einheitliche Lösung für die bestehenden Schwierigkeiten gibt. Für Deutschland ist festzustellen, daß die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz bezüglich des notwendigen Abbaus der Rüstungen auf industriellen Erzeugnisse (sonst auf dem Wege gegenseitiger Verhandlungen, zum Beispiel im deutsch-französischen Handelsvertrag, die auch auf autonomem Wege durchaus zur Geltung gebracht sind. Anders liegt es auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Zölle. Die deutsche wie manche andere Regierung ist hier durch den radikalen Umwälzung der Marktverhältnisse zu Zollmaßnahmen gezwungen worden, um überhaupt die nackte Existenz der eigenen Landwirtschaft zu erhalten.

Die Gründe dieser für uns unermessbaren Politik der Zollverfestigungen liegen nicht in der Landwirtschaft der einzelnen europäischen Länder oder von Gesamt Europa, sondern sie sind in der Produktionssteigerung und Verfestigung in wichtigen außereuropäischen Staaten zu suchen. Es kommt hinzu, daß Deutschland mit einseitigen Zahlungen belastet ist, die den normalen Ablauf der wirtschaftlichen und finanziellen Vorgänge zu stören geeignet sind. Wenn Deutschland seine Zahlungen erfüllen will, muß es die Ausfuhr steigern und die Einfuhr verringern.

Es gibt für eine planmäßige Verringerung der Einfuhr kein anderes Mittel als die Entwicklung der einheimischen, in erster Linie der landwirtschaftlichen Erzeugung und die mögliche Fernhaltung einheimischer Güter.